

7. XI. 1916

## Der neue Mann in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Vertreter.)

Das neue österreichische Ministerium Körber ist nunmehr perfekt. Wir werden also auf österreichischer Seite ein Ministerium Tisza haben — eine Konstellation, die schon einmal, vor zwölf Jahren, zu verzeichnen war. Damals hat Tisza gegen Körber, der bei Regelung der Ausgleichsfragen den österreichischen Standpunkt etwas hartnäckiger vertrat, als in Budapest erwünscht war, das Wort fallen lassen, der österreichische Ministerpräsident sei für ihn nur „ein vornehmer Fremder“. Die Bereitwilligkeit, mit der v. Körber in den letzten Tagen nach Budapest ging, läßt darauf schließen, daß jene Äußerung Tiszas bei ihm keinen kränklichen Eindruck hinterlassen hat, wie man ja auch von Tisza annehmen darf, daß die Lehren des Krieges seinen Standpunkt einigermaßen korrigiert haben. Wenn die österreichischen Soldaten, die die Karpathen und Siebenbürgen verteidigen halfen, in Ungarn keine Fremden sind, so kann es auch der österreichische Ministerpräsident nicht sein, der mit der Budapester Regierung über die wichtigsten, beiden Reichshälften gemeinsamen Belange — die der Verteidigung und des wirtschaftlichen Gedeihens — zu beraten und zu beschließen hat.

Seit Jahr und Tag stand das Ministerium Stürgkh mit Tisza in Unterhandlungen wegen der Erneuerung des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn, der am 31. Dezember 1917 abläuft. Wie an dieser Stelle seinerzeit berichtet wurde, nahm man auf österreichischer Seite von diesen Verhandlungen, die nahe vor dem Abschluß standen, nur mit Sorge Kenntnis, weil die Bürgerschaft der Parität zwischen beiden verhandelnden Teilen mangelte. Tisza konnte sich auf das Parlament und die wohlorganisierte öffentliche Meinung Ungarns berufen — Stürgkh und seine Fachminister betrieben die Verhandlungen mit größter Heimlichkeit und ohne andere Rückendeckung als ihr eigenes Pflichtgefühl, das aber durch die Möglichkeit, den Ausgleich auf absolutistische Weise mittels des § 14 in Kraft zu setzen, sehr erleichtert wurde. Herr v. Körber beschreiet, wie hute verlautet, einen andern Weg. Er wies darauf hin, daß es für beide Teile nicht ratsam sei, schon jetzt im Kriege, wo man noch gar nicht wissen könne, welchen Verhältnissen wir nach Friedensschluß gegenüberstehen werden, auf lange Zeit hinaus bindende wirtschaftliche Abmachungen zu treffen. v. Körber hält es für besser, den gegenwärtigen Ausgleich so lange provisorisch in Kraft zu lassen, bis es möglich sein werde, sich über die Erfordernisse der neuen Zeit ein Urteil zu bilden. Der Vertrag, den dann die österreichische und die ungarische Regierung vereinbaren wollen, soll erst nach Genehmigung durch die Parlamente beider Reichshälften in Kraft treten. So ist auf die natürlichste und für niemand verletzende Weise die Parität zwischen Oesterreich und Ungarn wiederhergestellt. Dem Grafen Tisza dürfte es um so leichter fallen, auf diesen Vermittlungsvorschlag einzugehen, als auch die ungarische Opposition von der Neuregelung des Ausgleichs während der Kriegsdauer nichts wissen will.

Schon heute ist nicht zu verkennen, daß allein schon der Hinweis auf die Notwendigkeit, das Ausgleichswort auch vor dem österreichischen Parlament zu verteidigen, v. Körber eine stärkere Stellung verliehen hat, als sie Graf Stürgkh einnahm, der als auf dem kommandierbaren Verordnungswege machen wollte. Man hat wohl auch in Deutschland die Bewegung nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, die in den letzten Monaten in Oesterreich unter der Decke um sich griff, nicht ganz in ihrer Bedeutung erkannt. Man fragte nur immer, wie es ein Mensch für ratsam halten könne, der Redeflut im Wiener Parlament den Weg zu öffnen — und in der Tat, die Erfahrungen aus der letzten Zeit vor dem Kriege konnten ja keine allzu hohe Meinung von dieser Institution erwecken. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die bewegten Ereignisse im Kriege in allen Parlamenten zu bewegten Aussprachen geführt haben. In dieser Beziehung hat kein Staat dem andern etwas vorzuzusetzen. Und was die habsburgische Monarchie betrifft, so hat das Budapester Parlament in seinen letzten stürmischen Sitzungen einem großen Teil dessen, was sich etwa im Wiener Reichsrat ereignen könnte, den Charakter gefährlicher Ueberraschungen genommen. Die magyarische Opposition hat frei von der Leber weg gesprochen, ohne bezweigen die Geltung der Länder der Stefanskrone innerhalb der Monarchie und im Ausland zu schmälern; ja noch mehr, sie hat schon einen großen Teil der Debatte, die in Wien zu erwarten wäre, für Oesterreich besorgt. Es braucht nur an die Reden des

Prinzen Windischgrätz und des Abgeordneten Szurecsány erinnert zu werden, durch die sich die Tschechen so sehr getroffen fühlten. Es sind also dem schadenfrohen Ausland kaum noch Rückengeheimnisse zu verraten, sondern im Gegenteil, es könnte nur nützlich sein, wenn von österreichischer autoritativer Stelle gewissen, von unsern Feinden in Umlauf gesetzten Verdrehungen — wie der Behauptung, daß in Oesterreich, dem Nationalitätenstaat par excellence, die kleinen Nationalitäten unterdrückt werden — entgegengetreten würde.

Bei dem Wunsche nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände handelt es sich beileibe nicht nur um das doktrinär-konstitutionelle Bedürfnis nach dem Anhören stammender Reden im Parlament, sondern um eine reine Nützlichkeitsfrage. Mit der Frage der Einberufung des Parlaments ist auch die der Pressefreiheit aufs engeste verknüpft. Oesterreich hätte sich, wenigstens für die Zeit des Krieges, auch mit der absolutistischen Regierungsweise abgefunden, wenn diese allen Volksbedürfnissen entsprochen, ja, infolge des Wegfallens parlamentarischer Hemmungen, vielleicht noch schneller und gründlicher gearbeitet hätte als die Regierungen in andern Ländern. Davon konnte aber in der Ära Stürgkh keine Rede sein. Das beste Beispiel hierfür ist die Regelung der Lebensmittelverteilung. In dieser für die heutige innere Politik wichtigsten Frage hinkte man in jeder Beziehung dem von Deutschland gegebenen Beispiel nach, oft mit gefährlichen Verspätungen. Brotlarie, Getreidelarie, Zuckerlarie, Kaffee- und Fleischlarie — alles erklärte man hier zunächst für überflüssig, um es schließlich und endlich, wenn die Vorräte geschwunden waren, doch nachzumachen. Und die Schwäche, die der allein auf sich gestellte Graf Stürgkh bei Beratung des Ausgleichs mit Ungarn an den Tag legte, machte man ihm auch in bezug auf die Lebensmittelpolitik zum Vorwurf. Es wurde sonderbar empfunden, daß Oesterreich und Ungarn zwar im Kriege gemeinsam kämpfen und bluten, daß aber beide Reichshälften vollkommen gesonderte Verpflegungsgebiete darstellen, und Ungarn durch eine eigene Grenzsperrung dafür sorgt, daß von seinem Ueberschuß nichts nach Oesterreich abströmt. Graf Stürgkh half sich gegen alle diese Klagen, indem er ihr Bekanntwerden durch die Presse verbot, statt daß er in der öffentlichen Meinung eine Stütze zur Vertretung des österreichischen Standpunkts gesucht hätte. Man machte ihm zum Vorwurf, daß der Grundgedanke seines Regierungssystems sehr einfach darin bestand, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben und diesem Hauptzweck alles übrige unterzuordnen und anzupassen. Bei seiner Zensur hatte man in der Tat den Eindruck, daß sie vielmehr nach oben, als nach unten gerichtet sei. So durfte, als Graf Szilva-Larouca in seinem Palast die ersten Versammlungen von Herrenhausmitgliedern abhielt, in den Zeitungen nicht einmal die Teilnehmertafel mitgeteilt werden, geschweige denn der Gegenstand der Beratungen. Nun muß man sich doch fragen: Welche agitatorische Wirkung sollte es auf die Massen haben, wenn sie in der Zeitung lasen, daß einige feudale Herren, wie der Fürst von Fürstberg, Graf Clam-Martinic und andere, in einem Adelspalast zusammengekommen seien? Graf Stürgkh wollte wohl eher verhindern, daß die Kunde von einem solchen Zusammenschluß hochkonservativer Unzufriedener nach oben hin durchsickere. Es sollte höheren Ortes überhaupt nicht bekannt werden, daß es patriotische Leute gab, die die bestehende Regierung nicht für die beste aller möglichen hielten. Ueber den Geist, der in der Zensur walte, führte auch der Vorsitzende des Potenkubs, Ritter v. Bilinski, in der Obmännerkonferenz des Abgeordnetenhauses lebhaftest Klage. Eine Zeitung habe die Zensur den Befehl gehabt, jeden Artikel zu streichen, in dem von der Zukunft Polens die Rede war. Einmal sei sogar der Satz unterdrückt worden: Die Zukunft Polens liegt bei Gott!

Nach diesen Beispielen kann man wohl ermessen, wie schwer es der öffentlichen Meinung gemacht war, sich zur Geltung zu bringen. Die Aufgabe, die des neuen Ministerpräsidenten harrt, läßt sich kurz dahin zusammenfassen: er hat alles das nachzuholen, was die Ära Stürgkh veräußert hat. Und das ist unendlich viel, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Kein Mensch erwartet den Anbruch goldener Zeiten, wenn v. Körber sich zur Einberufung des Parlaments entschließt. Im Gegenteil, dann wird erst recht eine starke Regierung notwendig, denn nur eine starke, zielbewußte Regierung vermag das Parlament zu führen und zur Arbeit zu zwingen. Aber schon ein Blick in die Zeitungen, die in den Tagen des Interregnums zwischen dem Ableben Stürgkhs und der Berufung Körbers erschienen, läßt deutlich erkennen, daß Körber seine Aufgabe doch ganz anders auffaßt als sein unglücklicher Vorgänger. Die öffentliche Meinung hat

ihre Stimme wiedergefunden; es darf wieder von Oesterreich geredet werden. Der oberste Zweck aller Regierungskunst ist nun nicht mehr die Erhaltung einer glatten Oberfläche. Die Bevölkerung soll ihre Wünsche und Nöte zur Sprache bringen, damit die Regierung die Möglichkeit erhalte, ihnen abzuhelfen. Graf Stürgkh hatte den Versuch unternommen, den Obrigkeitstaat in seiner antiquiertesten Form wiederherzustellen: die Regierung dachte und handelte allein für alle, ohne Kontakt mit der Bevölkerung, ohne Kontrolle und Antriebe. So war auch Oesterreich der einzige Staat unter allen kriegsfähigen, in dem es die Regierung für überflüssig hielt, für das Durchhalten Stimmung zu machen. Für alles sollte der Gehorsam genügen.

Die Vergangenheit v. Körbers bürgt uns dafür, daß er mit leidenschaftloser Beharrlichkeit — das Wort stammt von ihm — danach trachten wird, den Zusammenhang zwischen Staat und Volkskräften wiederherzustellen. Ein Staatsmann, der diesen Namen verdient, darf ja in den Errungenschaften der Neuzeit nicht nur Momente der Schwäche erblicken, denen man besser ausweicht; er muß sie vielmehr zur Stütze und Kräftigung des Staatswesens zu verwenden wissen. E. P.